

Er erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Johannidgasse 33.
Verantwortlicher Redaction:
Dienstag 10-12 Uhr.
Mittwoch 4-6 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Anlage 15,250.
Abonnementpreis viertel 4 1/2, halbjährlich 8 1/2, jährlich 16.
Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belagtempel 10 Pf.
Schließen für Extrablätter
ohne Postbefreiung 36 Pf.
...
Inkruste 40 Pf. Druckzeit 20 Pf.
Größere Schriften laut anderer
Preisverzeichnisse. — 2. Abtheilung
Satz nach letztem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionstisch
die Spalten 40 Pf.
Interate sind nach an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung prosummandi
oder durch Postnachschuß.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

№ 178.

Mittwoch den 27. Juni 1877.

71. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Die für den Neubau der Thomasschule an der Schreiberstraße alhier erforderlichen inneren Aufstattungsarbeiten, und zwar die Möbel u., sowie die Klempner- und Tischlerarbeiten u. sollen zur Ausführung und Lieferung soweit thunlich in Accord gegeben werden. Diejenigen Herren, welche dergleichen Arbeiten zu übernehmen gesonnen sind, wollen die betr. Arbeits-Blankette und die Schemata zu den Aufstattungs-Verträgen u. gegen Vorlegung einer Empfangsquittung alsbald in dem Bureau des gedachten Baues entnehmen, die mit den Lieferungs-terminen u. ausgefüllten Schriftstücke aber, sowie die Zeichnungen und Details ebenfalls einsehen und sowohl die mit Preisen, Datum und Namensunterschrift zu versehenen Blankette, als auch die mit entnommenen übrigen Schriftstücke bis spätestens den 3. Juli 1877 Mittags 12 Uhr auf unserm Bureau in versiegelter Couvert und mit einer dem Inhalte des Couverts entsprechenden Aufschrift versehen, wieder abgeben.

Jede gewünschte Auskunft über die ausgeschriebenen Arbeiten erteilt Herr Architekt Sieb- weger hier und dessen Hülfspersonal in dem Baubureau innerhalb der gewöhnlichen Expeditionszeit. Die Auswahl unter den Theilnehmern, sowie jede andere Entscheidung behalten wir uns vor.
Leipzig, den 23. Juni 1877.
Des Rath's Bau-Deputation.

Bekanntmachung.

Es sollen in der Bismarckstraße von dem Rathstrangwasser bis zur Marschnerstraße, ferner in der Hüller- und Hauptmannstraße Schuppen III. Classe erbaut und die hierzu erforderlichen Bauarbeiten in Submission vergeben werden.

Diejenigen Bauunternehmer, welche sich um diese Arbeiten bewerben wollen, können die Pläne und Accordbedingungen auf unserm Bureau (Rathhaus, 2. Etage) einsehen und sind die Offerten ebenfalls mit der Aufschrift:

Schuppen in der Bismarckstraße
bis zum 6. Juli d. J. Mittags 5 Uhr unterschrieben und versiegelt einzureichen.
Leipzig, den 19. Juni 1877.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wangemann.

Bekanntmachung.

Vor dem sogenannten Döfensland an der Frankfurter Straße sollen ungefähr 110 Ipe. Meter 2,25 Meter breite Granittröpselplatten gelegt werden.

Diejenigen Unternehmer, welche gesonnen sind, diese Arbeiten zu übernehmen, können die Sub- missionbedingungen und bez. Pläne auf dem Rathsbureau (Rathhaus, 2. Etage) einsehen und in Empfang nehmen. Die Offerten sind ebenfalls mit der Aufschrift:

„Tröpsellegung am Döfensland“
unterschrieben und versiegelt bis zum 10. Juli d. J. Mittags 5 Uhr einzureichen.
Leipzig, am 23. Juni 1877.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wangemann.

Anzeige.

Die öffentliche Prüfung der Hebammenkandidatinnen findet **Donnerstag den 28. und Sonn- abend den 30. d. Mts.** jed. mal von 2-4 Uhr in Hörsaale des Trier'schen Institutes statt.
Leipzig, den 26. Juni 1877.
Prof. Dr. Crede.

Leipzig, 27. Juni.

Das soeben erschienene 2. Heft der „Deutschen Revue“ enthält einen bemerkenswerthen Aufsatz des Professors Bluntzschli über die deutsche Politik in der orientalischen Frage. In demselben setzt der bekannte Heidelberger Staatsrechtler auseinander, wie werthvoll die ruhige und vorsichtig referierte Haltung des deutschen Reichskanzlers für die deutschen und europäischen Interessen sich bisher erwiesen habe. Professor Bluntzschli führt aus, daß diese Ruhe weder Trägheit noch Schwäche bedeute. Die Leiter der deutschen Politik seien sich der Kraft der deutschen Nation wohl bewußt. Ein wahres Wort. Wenn sie gegenwärtig Rußland gewähren lassen und ihm sogar Freundschaftsdiplomatie er- weisen, so ist nicht Furcht vor Rußland der Beweggrund dieser Haltung, sondern vielmehr die ruhige Erkenntnis, daß diese Haltung für die deutschen und europäischen Interessen nützlich sei. Die deutsche Politik unterscheidet sich gründlich von der früheren Napoleonischen. Sie sucht keine Abenteuer aus, um die Mittel zu beschaffen und Ruhm zu erwerben, und sie magt sich nicht an, den Schiedsrichter über Europa zu spielen. Sie will kein deutsches Blut ohne ernste Noth vergießen. Sie ist wohlgerichtet, wenn es sein mag, zur Verteidigung des Reiches Krieg zu führen, aber sie wünscht den Frieden und arbeitet für den Frieden. Sie hat ihre Augen allerdings nicht vor der Thatfache verschlossen, daß die Zustände in der europäischen Türkei unhaltbar und unheilvoll geworden sind, um so unheilbarer und unheilvoller sogar, je eifriger die gegenwärtig in Konstantinopel herrschende Partei sich der Formen des europäischen modernen und constitutionellen Staates bedient, um die hergebrachte Selbstständigkeit der einzelnen Völkerstaaten und Länder zu beschränken und dafür eine osmanische Uniformierung herzu- stellen, in der sich das alte brutale Söldnerregiment und die Unterdrückung und Ausbeutung der Rajahs besser verbergen kann. Sie wird sich auch er- innern haben, daß solche Vorklänge nicht durch Protokolle und Constitutionen friedlich zu heben sind und daß die Gewaltthätigkeit nur dem mäch- tigen Widerstande einer stärkeren Gewalt zu weichen pflegt. Deshalb empört es sie nicht, wenn die Russen sich bereit zeigen, die Forderungen Europas mit Gewalt zu vollziehen und die großen- theils christlichen Donauländer von der Türken- herrschaft zu befreien. Dasselbe wäre der Krieg demnach vermieden worden, wenn das Einver- ständnis der europäischen Mächte über die uner- läßlichen Reformen in der Türkei durch eine ge- meinsame Androhung des Zwanges die Aus- führung gesichert hätte. Als England dem Berliner Memorandum nicht zustimmte, ging diese Fik- tion unter. Dadurch wurde die Türkei zum Widerstand erzwungen. Eine friedliche Lösung des Conflictes wurde verhindert. Die Con- ferenz in Konstantinopel war ein Versuch, das Verhängnis nachzuholen. Es fehlte wieder an dem gemeinsamen Willen Europas, seine Forderungen durchzusetzen. Der Krieg war daher nach Allem, was vorausgegangen, nicht mehr zu ver- meiden. Wenn das deutsche Reich sich nicht an einer Creation theilnimmt, so wenig als die andern Mächte außer Rußland, so war diese ruhige und neutrale Haltung theils dadurch erklärt, daß Deutschland kein so unmittelbares und hartes Interesse an der Lösung der Aufgabe hatte, um daß deutsche Blut einzusetzen, theils aus Rücksicht auf das besorgende Oesterreich und auf die Erhaltung des europäischen Friedens. Konnte es den russisch-türkischen Krieg nicht hindern, so war nun die nächste Aufgabe, den Krieg zu localisiren, um den europäischen Frieden zu bewahren. Für jetzt ist das gescheit. Ob es auf die Dauer möglich sein wird, das hängt von dem Gange

der Ereignisse und von der Mäßigung Rußlands ab. Immerhin ist der Fortbestand des Dreifaiser- bundes, der schon oft todtgefagt wurde (— wer oft todt gefagt wird, lebt nach dem Sprichworte noch lange —) und doch noch seine mächtige Wirkung übt, die Hauptgarantie des Friedens. Die Freiheit der Donau für den Handel und die Schifffahrt ist, schreibt Bluntzschli, nicht nur ein ökonomisches, sie ist zugleich ein deutsches Interesse. Das betreffende Völker- und Staatsrecht schützt diese Freiheit. Diese Erziehungskraft der innern Rechtsbildung zu bewahren, reicht, immer nach Bluntzschli, die Macht von Oesterreich und Deutsch- land völlig aus. Rußland weiß das und wird schließlich einen Eingriff wagen, der die Lebens- interessen seiner Bundesgenossen bedroht. Wenn aber Rumänien, das keineswegs eine türkische Pro- vincy war, endlich auch ganz von der Schutzhoheit des Sultans abgelöst wird, so ist das die natur- gemäße Fortentwicklung und durchaus kein An- laß weder für Oesterreich noch für Deutschland. Es kommt dem Lande doch sehr zu Statten, daß sein Fürst ein Hohenzoller ist. Viel weniger als Oesterreich ist das deutsche Reich bei der Frage interessiert, wie in Zukunft die Verhältnisse der slavischen Länder rechts der Donau sich gestalten werden. Aber es liegt gegenwärtig noch kein Grund vor, um an einer Lösung der Frage zu verzweifeln, mit der sich die drei Kaiserreiche einverstanden er- klären können. Eine Gefahr für Konstantinopel ist noch in weiter Ferne. Weil aber ganz Europa ein großes Interesse daran hat, daß nicht eine Großmacht — heiße sie nun Rußland oder England — in den alleinigen Besitz des Bosporus und der Dardanellen gelange, so wird selbst in dem Falle, daß die Türken zu schwach wären, ihre Hauptstadt zu behaupten, was gar nicht wahrscheinlich ist, diese Frage ohne einen europäischen Krieg zu lösen sein. Auch die Gefahr, daß das Mittel- meer eine englische See werde in Folge der eng- lischen Besitznahme der Insel Kreta und des Suezkanals, ist bei den unzweifelhaft entgegenge- setzten Interessen aller Küstenstaaten, die auch von Deutschland anerkannt sind, noch nicht allzu bedroh- lich. Eben indem die deutsche Politik sich ernstlich bemüht, den Frieden unter den europäischen Mächten zu bewahren, wird sie von der be- fohlenen öffentlichen Meinung in Deutschland und in Europa mit Vertrauen und mit Beifall beobachtet.

Man soll zwar das Heil des Bören nicht theilen, ehe man dasselbe hat, aber mit dem Fort- schreiten des gegenwärtigen Krieges und der täg- lich sich greller offenbarenden Schwäche der Türkei tritt die Frage immer mehr in den Vordergrund, was eigentlich geschehen soll, wenn der Krieg zu dem vorausgehenden Ausgange, einer vollständigen Niederlage der Türkei, führt. Unter diesen Umständen werden die nachfolgenden Gedanken, welche von russischer Seite kommend, der „Post“ übermittelt worden sind, nicht des Interesses ent- behren. Gleich der „Post“ theilen wir sie hier mit, ohne selbst ein Urtheil darüber abgeben zu wollen, als einen Beitrag zur Lösung einer Aufgabe, welche vielleicht schon in sehr kurzer Zeit an die euro- päische Diplomatie herantritt:
Der gegenwärtige Krieg ist nur zu rechtfertigen, wenn er zum Zweck hat, das bisherige türkische Gebiet euro- päischer Gestalt jugendlich zu machen. Das ist aber nur durch eine ruhige, aufgesetzte Regierung zu er- reichen. Autonomie den Eingeborenen jetzt geben zu wollen, ist vollkommen widersinnig, denn nicht allein stehen sie auf zu niedriger Stufe der Entwicklung, um sich selbst zu regieren, sondern der gegenwärtige Haß der Nationalitäten, welche auf dem türkischen Gebiete be- saßen wohnen, würde jede Einigung unter ihren Vertretern unmöglich machen und eine einheimische Regierung jedes Stützpunktes berauben. Diese Be- stimmung ist aber in allen Theilen der europäischen Türkei und selbst in einigen asiatischen Provinzen so groß, daß sich keiner Nationalität ein entschiedenes

Uebergewicht zuschreiben läßt. Wo die Einen an Zahl überwiegen, haben die Andern die Obmacht durch Besch. Wohlstand, Intelligenz oder lange Übung des Besiegtens. In dieses Chaos kann nur Ordnung bringen eine euro- päische Macht, die ihren Sitzpunkt hat außerhalb des türkischen Gebietes. Nur sie ist fähig, Zustände zu schaffen, welche europäische Colonisten zur Ansiedlung in die Balkanhalbinsel locken können. Was aber scheint nur Oesterreich zu dieser Noth zu berufen.
Für die türkischen Provinzen selbst kann kein Einfluß nur gegenwärtig sein und Europa gewinne durch die Ausdehnung der österreichischen Herrschaft, außer einem Anlaß für seine überschüssige Bevölkerung, eine neue Garantie des Bestandes seiner gegenwärtigen Staaten- Ordnung, denn Oesterreich ist anerkannt als ein not- wendiges Glied der europäischen Völkerfamilie. Sein Quasi- und aber, der die dänische Bevölkerung Oester- reichs allein zwischen Deutschen und Ungarn theilt, ohne die übrigen Nationalitäten zu berücksichtigen, trägt den Keim des Todes in sich. Nur eine andere Theilung der Völkergruppen kann das Reich retten und diese wäre am leichtesten zu bewerkstelligen, wenn Oesterreich die ganze europäische Türkei, mit Ausschluß der griechischen Landestheile, erhalte. Diese letzten müßten dazu dienen, das kleine Griechenland lebensfähig zu machen. Dann könnte aus Oesterreich ein föderatio- neller Staat werden mit der größtmöglichen Gleichartigkeit und Abminderung jedes einzelnen seiner Bestandtheile, namentlich der 8 Millionen Deutschen, 6 Millionen Ungarn, 4 Millionen Rumänen, 2 Millionen Polen, 3 Millionen Italiener, 1,200,000 Slowenen in Kärnten und Krain, 3 Millionen Kroaten und Serben, verhäuft durch ihre Stammes-Genossen in der Türkei, der Bewohner Bulgariens und Rumeliens. Einige der weniger zahl- reichen und geistig entwickelten Stämme wären als Kolonien zu vereinigen, auch könnte erwerbslos sein, einen Theil der Balachen dem rumä- nischen Staat, der Ruthenen Rußland, der türkischen Serben Montenegro und Serbien abzutreten, um diese Staaten für die Opfer des Krieges einzugemäßen zu ermöglichen.
Ein auf solche Weise zusammengesetztes Oesterreich wäre lebensfähig und könnte sich, wie einst das deutsche Reich, zum Glück seiner Bewohner stetig entwickeln. Erwerb könnte es aber wegen mangelnder Einheit nicht aufstehen und wäre seinen Nachbarn daher nicht gefährlich. Jem könnte Europa getrost das herrliche Konstantinopel und den Schatz des Bosporus und der Dardanellen anvertrauen, deren Durchsicht, gleich der des Sundes, in Zukunft frei zu geben wäre, mit Schließung der Beschlüssen, welche jetzt den Eintritt in dieselben zu schließen bestimmt sind.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 26. Juni.
Es ist eine traurige Pflicht, immer von Neuem auf die cynische Frechheit hinzuweisen zu müssen, mit welcher die in deutscher Sprache geschriebene mitromantische Presse das deutsche Reich und seine Regierung zu verdächtigen wagt; aber bei dem Einfluß, welchen diese Presse auf weite Volkstheile ausübt, kann solch frevelhaftes Gebahren unmöglich unbeachtet bleiben. Die „Germania“ ereifert sich über die Kritik, welche die deutschen Regierungsborgane an der in Frank- reich eingetretenen Wendung gelibt haben, und schreibt u. a.: „Sie wissen recht gut, daß sie lägen, daß es gegenwärtig keine friedfertigeren Regierung in Europa giebt, als die französische, daß nicht in Paris, sondern an einer anderen Stelle der Krieg geplant wird, um aus einer selbstbereiteten, täglich wachsenden Verlegenheit herauszukommen; aber sie hoffen, das noch un- bekannte Urtheil gefangen zu nehmen, Mißtrauen gegen Frankreich zu erregen und die Abneigung gegen eine Erneuerung des Blutvergießens zu überwinden.“ Jedes Wort darüber ist überflüssig.
Die Nachricht, daß Herr Bismarck die Ab- lehnung des Entlassungsantrages des Confessors- präsidenten Vogel dem Kaiser bekräftigt habe, wird von der „Post“ auf Grund genauer Erkundigung für unbegründet erklärt. Man wird nicht fehl gehen, wenn man annimmt, daß diese Erklärung auf den Wunsch des Fürsten Bismarck

selbst an die Öffentlichkeit gelangt. Die Be- deutung desselben bedarf unter diesen Umständen keiner weiteren Erläuterung. Jedenfalls werden nunmehr diejenigen, welche aus jener Nachricht bereits eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Kaiser ersehen, ja wohl gar die ersten Anzeichen einer Wendung in unserer gesammten Reichspolitik schließen zu können meinen, einsehen müssen, daß sie ihre Wünsche zu früh für Wirklichkeit gehalten haben.
Der bayerische Minister-Präsident v. Pfretzschner hat sich nach Rissingen begeben, um den Reichs- tanzler im Auftrage des Königs zu begrüßen.
Wie verlautet, trifft Herr Bismarck schon im Laufe dieser Woche in Berlin ein und begiebt sich nach kurzem Aufenthalt direct nach Paris.
Als der preussische Justizminister Dr. Leonhardt bei der ersten Beratung des Obergerichts über den Sitz des Reichsgerichts dafür eintrat, dasselbe nicht in Leipzig, sondern in Berlin zu errichten, betonte er ganz besonders, daß die preussische Regierung vom allgemein politischen Standpunkt aus gar kein Interesse daran habe, neben dem Reichsgericht in Leipzig einen obersten Gerichtshof für Preußen beizubehalten. „Die Interessen der preussischen Regierung“, bemerkte Dr. Leonhardt, „liegen nach einer ganz andern Seite. Der oberste Gerichtshof hat für Preußen eine Bedeutung, welche weit hinausgeht über die diesem Gerichtshof zugewiesene Thätigkeit in Civil- und Strafsachen. Es liegt dem obersten Gerichts- hof in Preußen eine Reihe von Functionen ab, welche vollständig außerhalb des Rahmens der Gerichtsverwaltung liegen.“ Nachdem die Errich- tung des Reichsgerichts in Leipzig beschlossen ist, müssen alle diese Functionen anderweitig ver- theilt werden, da das preussische Obertri- bunal aufgehoben wird. Das letztere ist das zuständige Disciplinargericht für eine ganze Reihe preussischer Beamten; es entscheidet in zweiter und letzter Instanz Verurtheilungen gegen Disciplinarurtheile über richterliche und nicht- richterliche Justizbeamte. Das Obergericht ist ferner in Folge besonderer Verträge oberster Gerichtshof für das Herzogthum Anhalt-Verden in Strafsachen und Disciplinarsachen; der Richter in Gemeinheitstheilungen und Abhängigkeitsachen in Schwarzburg-Sonderhausen, in Schwarzburg- Rudolstadt und im Herzogthum Anhalt-Verden; es entscheidet in dritter und letzter Instanz in den zur Gerichtsbarkeit der preussischen und der norddeutschen Bundesstaaten gehörigen Civil- prozessen und Untersuchungsachen u. Alle diese Verhältnisse bedürfen einer neuen Regelung.
Nach der A. „A. Z.“ wird der bisherige bayeri- sche Gesandte und Bundesvollmächtigte Freiherr von Verglas jedenfalls noch so lange auf dem Gesandtschaftsposten in Berlin verbleiben, bis der Bundesrat, an dessen Beratungen er ununterbrochen theilgenommen hat, die ihm zur Zeit noch vorliegenden Geschäfte vollständig er- ledigt und seine Sitzungen dann bis zum Herbst vertagt haben wird. Es dürfte dies wohl auch der Grund dafür sein, daß sich die formelle Ab- bernung des Freiherrn von Verglas bisher ver- zögert hat. Als sein Nachfolger wird jetzt in erster Linie der Geschäftsträger in Paris, Lega- tionstath v. Rudhardt genannt.
Die ich rief, die Geister wech' ich nun nicht los!“ kann die neue französische Regierung von sich sagen. Sie ist auf die Hälfte der päp- stlichen angewiesen, so sehr sie es auch in Abrede stellen möchte. Das in Rom erscheinende fran- zösisch redigirte Journal „Italia“ berichtet über ein langes Gespräch, welches der Cardinal- Erzbischof von Paris, Guibert, mit dem Cardinal- Staatssecretair Clemeoni dieser Tage über die französischen Angelegenheiten gehabt habe. Man wüßte, den Vatican zum offenen Anschluß an das Regime Broglie-Fourton zu vermögen. Nach